

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land am **14.09.2016** um 19:00 Uhr im Konferenzzimmer des Amtes

**Teilnehmer:** - siehe beigefügte Anwesenheitsliste -

vom Amt Güstrow - Land:	Frau Schwarz	Leitende Verwaltungsbeamtin
	Frau Mickschat	Leiterin Hauptamt
	Herr Schultze	Leiter Kämmereiamt
	Herr Teichmann	Leiter Bau- und Ordnungsamt

### **Tagesordnung:**

- siehe beigefügte Kopie -

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **Punkt 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

AV Herr Tessenow eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Amtsleiter.

##### **Punkt 2: Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Einwohner erschienen sind.

#### **B) Einwohnerfragestunde**

- entfällt -

#### **C)**

##### **Punkt 3: Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung**

- entfällt -

##### **Punkt 4: Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Es ergehen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.  
Damit gilt die vorliegende Tagesordnung als gebilligt.

##### **Punkt 5: Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 29.06.2016**

Es ergehen keine Änderungsanträge.

Es folgt die Abstimmung über die Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 29.06.2016.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 3 Stimmenthaltungen -

Damit ist die Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 29.06.2016 gebilligt.

**Punkt 6: Bericht des Amtsvorstehers**

AV Herr Tessenow erklärt, dass es auf Grund der Sommerpause nicht viel zu berichten gibt.

Zu den Landtagswahlen wird die Leitende Verwaltungsbeamtin eine Auswertung vornehmen.

Er möchte über eine wichtige Förderung informieren.

Als Aufsichtsratsvorsitzender der rebus Regionalbus Rostock GmbH nahm er am 31.08.2016 an der Fördermittelübergabe in Höhe von 700 T€ durch den Minister für Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Herrn Christian Pegel, teil.

Es werden damit sieben Busse zu je 100 T€ gefördert, die dann im kommenden Jahr im Landkreis Rostock zum Einsatz kommen.

Bei dieser Gelegenheit informierte Minister Pegel darüber, dass entsprechend des Personenbeförderungsgesetzes bis zum Jahr 2022 alle Busse barrierefrei sein müssen.

Dies liegt in der Verantwortung des Landkreises als Gesellschafter der rebus GmbH.

In der Verantwortung der Städte und Gemeinden liegt der Umbau der Haltestellen.

Auch diese müssen barrierefrei sein.

Es gibt einen Fördertopf der EU, der mehrere Millionen schwer ist. 75 % der Kosten für den Umbau zu barrierefreien Bushaltestellen werden gefördert. Bisher wurden nur 20 T€ abgefordert. Wenn bis zum Jahr 2020 der größte Teil nicht abgefordert wurde, fließt das Geld in andere Töpfe.

AV Herr Tessenow appelliert an alle Bürgermeister, zu prüfen, inwieweit die Bushaltestellen in den Gemeinden umgebaut werden können bzw. müssen.

Zum Bericht des Amtsvorstehers gibt es von Bürgermeister Herr Dikau drei Anfragen:

1. zur technischen Ausführung einer behindertengerechten Bushaltestelle

Hierzu erklärt AV Herr Tessenow, dass er die Maße nicht exakt kennt.

Der Amtsleiter des Bau- und Ordnungsamtes erklärt, dass die Bushaltestelle 18 m lang, 2,50 m breit und 16 cm hoch sein muss.

Auf erneute Nachfrage von Bgm. Herr Dikau nach einer Zeichnung für eine solche Bushaltestelle erklärt AV Herr Tessenow, dass er sich danach erkundigen wird.

2. zur Schulbusbeförderung

Bgm. Herr Dikau fragt an, ob es im Schulbus die Pflicht gibt, dass alle Kinder einen Sitzplatz haben. Dies wird durch AV Herr Tessenow verneint.

Weiterhin fragt er an, ob die Pflicht besteht, dass wenigstens die Kleinkinder vorrangig sitzen. Auch dies wird verneint.

Daraufhin erklärt Bgm. Herr Dikau, dass es also danach geht, wer zuerst kommt, malt zuerst.

### 3. zum Sponsoring der rebus GmbH

Bgm. Herr Dikau habe vor kurzem gelesen, dass die rebus GmbH eine Mannschaft in Gnoien gesponsert hat. Er finde dies nicht gut, da die rebus GmbH auch aus Mitteln der Gemeinden gespeist wird. Er stellt sich die Frage, ob Sponsoring für eine solche GmbH wirklich richtig ist. AV Herr Tessenow antwortet darauf, dass Gnoien ebenfalls zum Einzugsgebiet der rebus GmbH und zum Landkreis gehört, und ein Sponsoring durch die rebus GmbH gewollt ist.

Weitere Anfragen ergehen nicht.

#### **Punkt 7: Bericht der Leitenden Verwaltungsbeamtin**

Der Bericht der leitenden Verwaltungsbeamtin wird in der Anlage beigefügt.

Anfragen ergehen nicht.

#### **Punkt 8: Beschluss der Hauptsatzung des Amtes Güstrow - Land, DS-Nr. 09/16**

AV Herr Tessenow erläutert die Beschluss-Vorlage.

Er erklärt, dass insbesondere das Sitzungsgeld für die Ausschussarbeit und die übrigen Amtsausschussmitglieder angehoben werden soll.

Hierzu ergehen keine Anfragen.

Es folgt die Abstimmung über die DS-Nr. 09/16.

#### **Abstimmungsergebnis:**

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

#### **Punkt 9: Beschluss zur außerplanmäßigen Ausgabe für weitere Beratungstermine zum Brandschutzbedarfsplan DS-Nr. 10/16**

AV Herr Tessenow erläutert kurz die Beschluss-Vorlage.

Er fragt an, ob es hierzu Beratungsbedarf oder Fragen gibt.

Daraufhin erklärt Bgm. Herr Körting, dass er der Meinung ist, dass die Kosten des ursprünglichen Angebotes bereits weit überschritten sind.

Im Anschluss folgt eine Diskussion über die Höhe der bisher bezahlten Beträge und der noch anfallenden Kosten laut dieser Beschluss-Vorlage.

Nach der Diskussion und einer kurzen Klärung der bisher gezahlten Abschlagszahlungen und des noch zu erwartenden Betrages für die Beratungstermine wird man sich einig, dass die mit Vergabeschluss geplanten Kosten noch nicht überschritten sind.

Anschließend kommt die DS-Nr. 10/16 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der Mitglieder:	16
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

**Punkt 10: Anträge und Anfragen**

Es ergehen keine Anträge und Anfragen.

Die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land endet um 19:30 Uhr.

ausgefertigt am: 15.09.2016

Tessenow  
Amtsvorsteher

Schwarz  
Protokollführerin

Anlage: Bericht der leitenden Verwaltungsbeamtin

## Anlage zu TOP7: Bericht der leitenden Verwaltungsbeamtin

Sehr geehrter Herr Amtsvorsteher, sehr geehrte Mitglieder des Amtsausschusses, liebe Anwesende,

die Wahlen zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern sind Geschichte.

Wir werden sehen, wie sich das Ergebnis zukünftig gestaltet und welche Auswirkungen es auf die Kommunalpolitik mit sich bringt.

Ich kann einschätzen, dass die Wahl reibungslos verlaufen ist und es auch keinerlei Zwischenfälle gab. Die Polizei war präsent, musste aber nirgends eingreifen.

Danken möchte ich Ihnen, die uns stets bei der Suche nach Freiwilligen für die Wahlvorstände unterstützen, die Wahllokale einrichten und die Versorgung der Wahlvorstände übernehmen.

Besonderer Dank gilt aber den 102 Wahlhelfern, die ihre Freizeit opfern und zuverlässig die Wahl durchführen. Ohne diese Helfer wäre die demokratische Wahl so nicht durchführbar.

Geben Sie bitte diesen Dank weiter!

In diesem Zusammenhang wäre es überlegenswert, ob das Erfrischungsgeld von derzeit den gesetzlichen 21,- € zur nächsten Wahl nicht etwas durch die Gemeinde aufgestockt werden sollte, zumindest für diejenigen, die nicht bei uns beschäftigt sind. Hierzu werden wir noch einmal zu gegebener Zeit auf Sie zukommen.

Nun noch einige Zahlen in Auswertung der Landtagswahl.

Die Wahlbeteiligung lag in unserem Amt noch etwas höher als der Landesdurchschnitt von 61,9 %, nämlich bei 64,21 % (7971 Wahlberechtigte – 5118 Wähler). Das sind 12,45 % mehr Wähler als 2011, wo wir eine Wahlbeteiligung von 51,76 % hatten.

Die niedrigste Wahlbeteiligung gab es in Plaaz mit 43,59 %, die höchste in Klein Upahl mit 66,51 %.

Allerdings werden es auch immer mehr Briefwähler, die nicht in der Statistik der Gemeinde erfasst sind. 751 Wähler haben bei uns Briefwahl beantragt, 704 Briefe sind zurückgekommen. Die meisten Briefwähler gibt es in Mühl Rosin, Gülzow-Prüzen und Plaaz. Die Einzelergebnisse der Wahlbezirke sind in der SVZ vom 06.09.2016 detailliert veröffentlicht gewesen.

Insgesamt sieht es im Amt so aus:

Von den 4996 gültigen Erststimmen entfielen

1347 auf Philipp da Cunha,	SPD,	26,96 %
1607 auf Heiko Karmoll,	CDU,	32,16 %
565 auf Karen Larisch,	Die Linke,	11,31 %
1045 auf Johannes Salomon,	AfD,	20,92 %
auf die Übrigen zusammen	432 Stimmen,	8,65 %.

Damit wäre, wenn das Amt ein eigener Wahlkreis gewesen wäre, das Direktmandat an Heiko Karmoll, CDU, gegangen; insgesamt im Wahlkreis ist aber Philipp da Cunha, SPD, gewählt.

Von den 5003 gültigen Zweitstimmen entfielen

1496 auf die SPD,	30,00 %
1135 auf die CDU,	22,68 %
534 auf die Die Linke,	10,67 %
1072 auf die AfD,	21,43 %
766 auf die Sonstige,	15,31 %.

Da liegt das Amt also fast im Durchschnitt des Landes, nur ist bei uns die CDU noch knapp zweitstärkste Kraft.

Für die Koalitionsverhandlungen hat der Städte- und Gemeindetag einen Katalog von kommunalen Problemen erarbeitet, die für die Städte und Gemeinden von großer Bedeutung sind. Diese Liste habe ich für Sie mitgebracht. Damit können Sie verfolgen, ob unsere Anliegen Berücksichtigung finden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf das Leitbildgesetz und die Fusionsverordnung hinweisen.

Wir sollen als Amt per Gesetz nicht mehr als zehn Gemeinden haben, möglichst nur sechs Gemeinden. Eine Gemeinde soll mindestens 500 Einwohner haben.

Wir sind 14 Gemeinden, davon fünf mit weniger als 500 Einwohnern.

Ein freiwilliger Zusammenschluss bis 2019 bringt pro untergehende Gemeinde 200.000,00 €.

Gehen zwei finanzschwache zusammen, sind Entschuldungen möglich.

Ich gehe davon aus, dass in der nächsten Wahlperiode Zusammenschlüsse per Gesetz erfolgen, ohne finanzielle Zuwendungen.

Deshalb sollte jede Gemeinde diese Problematik unbedingt nochmals behandeln, zumal ohnehin eine Einschätzung der Leistungsfähigkeit erfolgen muss.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Rostock hat sich an mich mit der Bitte gewandt, zu prüfen, ob auf Amtsebene ebenfalls ein solcher Beirat gebildet werden könnte. Dieser soll die Bemühungen der Behinderten um behindertengerechte Einrichtungen und Erleichterungen unterstützen.

Rechtsgrundlage hierfür ist der § 41a der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, der lautet:

„Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe im Rahmen Ihrer Leistungsfähigkeit tragen die Gemeinden dafür Sorge, dass auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen Rücksicht genommen wird. Die Gemeinden können hierfür Beiräte oder Beauftragte bestellen.“

Wenn Sie einverstanden sind, würden wir als erste Aktion eine Anfrage auf unserer Internetseite und im ‚Amtskurier‘ starten, ob es Interessenten für einen solchen Beirat gibt. Danach könnte der Amtsausschuss eine Entscheidung treffen und eventuell eine entsprechende Hauptsatzungsänderung beschließen.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass seit Sommer auf der Internetseite des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus M-V die aktuelle Förderfibel

„Förderinstrumente für die gewerbliche Wirtschaft, für das Handwerk und die freien Berufe sowie für kommunale und private Investoren in Mecklenburg-Vorpommern“ zu finden ist.

Ich habe versucht, die Broschüre gedruckt zu bekommen, aber leider ohne Erfolg. Scheinbar werden auch im Ministerium Druckkosten reduziert.

Letzte Woche ist ein Angebot des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur eingegangen, auf das sich Interessenten für eine Studienreise nach Danzig vom 23. - 28. Oktober melden können.

Das Motto ist: „Erinnerung und Zukunft in der Woiwodschaft Pommern“, Kostenbeitrag 445,00 €.

Meldungen sind bis zum 20.09.2016 möglich. Wer Interesse hat, meldet sich bitte möglichst schnell bei mir.

Zum Thema Breitband habe ich an alle Bürgermeister ein Schreiben des Landkreises zur Förderung des Breitbandausbaus gesendet.

Die Bundesförderung für unsere 14 Gemeinden steht. Die Landesmittel werden jetzt eingeworben. Dann erfolgt die Ausschreibung der Leistung.

Nachdem hoffentlich ein flächendeckendes Angebot eines Investors bzw. Anbieters vorliegt, stehen die Kosten fest. Man weiß auch, ob es eventuell weiße Flecken in unserem Amtsgebiet gibt.

Die nicht geförderten Kosten, also Eigenmittel, sollen aus dem kommunalen Aufbaufonds gedeckt werden.

Um unser Gebiet für die Investoren interessant zu machen, sollen Unternehmen, Schulen, Behörden usw. unserer Gemeinden gemeldet werden.

Darum hatte ich die Bürgermeister gebeten. Bisher haben wir nur von drei Gemeinden Rücklauf. Deshalb werden wir das, was wir wissen und für wichtig erachten, dem Landkreis zur Verfügung stellen.

Der Brandschutzbedarfsplan ist zurzeit insbesondere in den Feuerwehren ein Dauerbrenner. Dazu steht auch wieder ein Beschluss auf der Tagesordnung.

Herr Teichmann hat den Entwurf dem Landkreis überlassen und um Stellungnahme gebeten, um auch von dieser Seite Rechtssicherheit zu erlangen.

Hier ist insbesondere festgestellt worden, dass die Analyse noch stärker auf die Gemeinden ausgerichtet sein muss. Die Aussagen zu den Löschfahrzeugen sind auch noch zu ungenau. Ein Löschwasserkonzept wäre erforderlich.

Der Landkreis bietet ein gemeinsames Gespräch mit den Wehren und dem Ingenieurbüro an. Deshalb soll ein erster Termin diesem Gespräch dienen. Die anderen Termine sollen dann weiterführend sein, um den Brandschutzbedarfsplan für alle zufriedenstellend fertigzustellen.

Die Schule hat wieder begonnen. Die Bauarbeiten in der Grundschule Lüssow sind so weit fortgeschritten, dass der Unterricht ohne große Probleme durchgeführt werden kann.

Es gibt, wie zu erwarten war, auch schon einige Nachträge. Die sollte der Ausschuss für die Schule Lüssow in seiner Sitzung nach dem Amtsausschuss bestätigen. Bisher liegt aber alles im geplanten Kostenrahmen.

Eine Information in eigener Sache.

Die Portokosten steigen ständig. Die neuen Satzungen zur Erhebung von Gebühren zur Deckung der Beiträge des Wasser- und Bodenverbandes sind teilweise so niedrig, dass sie kaum mehr als das Porto decken.

Deshalb haben wir uns, auch mit dem Hintergrund, dass immer mehr Bürger ihre Steuern und Abgaben abbuchen lassen, entschieden, für die Beiträge zum Wasser- und Bodenverband und für die Steuern Dauerbelege zu erlassen.

Für den Wasser- und Bodenverband soll das schon in diesem Jahr erfolgen. Eventuell werden künftig auch noch die Bescheide zusammengeführt.

Diejenigen, die an die Zahlung erinnert werden müssen, werden diese Erinnerung in Form einer Mahnung erhalten.

Erwähnen möchte ich, dass die Gemeinde Lohmen nach dem 2. Platz im Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ eine Bronzemedaille im Bundeswettbewerb errungen hat. Die Auszeichnung erfolgt im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2017 in Berlin.

Ich denke, es ist ein kleiner Applaus wert, dass von 2.400 Dörfern aus Deutschland, die sich beteiligt haben, Lohmen zu den 33 erfolgreichsten gehört.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sabine Schwarz